

Gesicht der Welt verändern müssen.“¹ Und weiter Strauß: „Nur eine entschlossene Initiative kann helfen, uns aus den Fesseln des Status quo zu befreien.“² Über das Ziel läßt Strauß keinen Zweifel. Es geht ihm um ein kapitalistisches Europa, das — wie er wörtlich schreibt, — „vom Atlantik bis zum Bug und zum Schwarzen Meer reicht ..“³. Strauß projiziert die „Auflockerung“ der sozialistischen Staaten als Weg, der das westdeutsche Rüstungs- und Finanzkapital „Schritt für Schritt zum Erfolg führen“⁴ könne. Verstärkt soll versucht werden, die Bonner Alleinvertragsanmaßung gegenüber der DDR durchzusetzen, gegen die sich der Hauptstoß des aggressiven Kurses der Regierung in Bonn richtet. Als Mittel zur Durchsetzung dieser wahnwitzigen, jedoch völlig unrealistischen Ziele betrachtet er den Besitz über Atomwaffen.

Dieses Programm stellt die strategische Gesamtkonzeption des westdeutschen Großkapitals dar. Es ist die Grundlage für die heute in Bonn betriebene Politik. Es ist wesentliches Teilstück der imperialistischen Globalstrategie gegen den Frieden und die Freiheit der Völker, gegen Demokratie und Sozialismus. Die Bonner Unterstützung für alle imperialistischen Verbrechen gegen andere Völker — ob in Vietnam, im Nahen Osten, in Griechenland und in Afrika — ist direkter Bestandteil dieser Bonner Politik und Strategie, die das Friedensgebot grob verletzt.

Die außenpolitische Doktrin der Regierung Kiesinger/Strauß, die die Bundesrepublik zum Hauptgefahrenherd für Frieden und Sicherheit in Europa gemacht hat, ist aufs engste mit den verfassungswidrigen Notstandsgesetzen gekoppelt, die kriegsvorbereitenden Charakter tragen. Mit der Annahme der Notstands-Verfassung und einer Vielzahl von Notstandsgesetzen am 30. Mai 1968 im Bundestag ist ein tiefer Einschnitt in der westdeutschen Nachkriegsentwicklung vollzogen worden. Die Notstandsgesetze schaffen Kriegsrecht bereits für Friedenszeiten. Sie dienen der Errichtung einer militaristischen Polizeidiktatur gegen die westdeutsche Bevölkerung und der Herstellung der Aggressionsbereitschaft nach außen.

Die Tatsachen beweisen: Gegen Demokraten, Antifaschisten und Sozialisten wurden Ostern 1968 Mordanschläge und Morde verübt. Im Ergebnis der terroristischen Gewaltattacken der Polizei gegen Demonstranten und Kundgebungsteilnehmer wurden mehrere hundert Bürger zum Teil schwer verletzt. 92 000 Polizeibeamte und 16 000 Angehörige der Bereitschaftspolizei wurden gegen die Kräfte der demokratischen Opposition eingesetzt. Über 1 000 Bürger wurden verhaftet, gegen 827 wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Wer in Westdeutschland die Realitäten in Europa bejaht, wird als „Verzichtspolitiker“ beschimpft. Wer seine Stimme für den Frieden erhebt, wird als „Friedensapostel“ verhöhnt und als „Wegbereiter des Kommunismus“ abgestempelt. Wer sich dem Neonazismus zur Wehr setzt, wird als „Feind der Demokratie“ verketzert. Physischer und geistiger Terror sind die Waffen des Systems in der Bundesrepublik, die immer hemmungsloser gegen die Anhänger des Friedens und der Entspannung angewendet werden.

In diesen Vorgängen drückt sich aus, daß die herrschenden Kreise der Bundesrepublik im Zuge der psychologischen Kriegs Vorbereitung angetreten sind, die Bevölkerung im Sinne einer „Schicksalsgemeinschaft“ zu formieren, die an die hitlersche „Volksgemeinschaft“ erinnert. Alle, die die Kriegsaben-

1 F. J. Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 20

2 a. a. O., S. 7

^ a. a. O., S. 83

4 a. a. O., S. 44